

»Das ist eine Demütigung des Volkes«

Durch den Verkauf der rentablen griechischen Flughäfen an Fraport fehlt Geld für die Infrastruktur-Finanzierung der restlichen. Gespräch mit Ulrich Wilken

Gitta Düperthal

Ulrich Wilken ist rechtspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag

Die Frankfurter Flughafengesellschaft Fraport, mehrheitlich in öffentlicher Hand, soll 40 Jahre lang 14 griechische Flughäfen betreiben dürfen. Ausgerechnet die profitablen – zum Preis von 1,2 Milliarden Euro. Ist das nicht Griechenland-Ausplünderung statt Hilfe?

Dies folgt einem immer gleichen neoliberalen Muster: Der Staat verkauft profitable Geschäfte, auf weniger ertragreichen – Fraport will ja nicht alle betreiben – bleibt er sitzen. Wenn Fraport unter anderem den Airport Thessaloniki, der zweitgrößten Stadt Griechenlands, und touristische Flughäfen auf Rhodos, Korfu und Kos oder Chania auf Kreta betreiben wird, muss Griechenland künftig mehr Geld aufbringen, um die Infrastruktur der restlichen zu finanzieren.

Gibt es für die griechische Syriza-Regierung keinen anderen Ausweg?

Von der politischen Dramaturgie her ist es so eingefädelt: Vor der Abstimmung im Deutschen Bundestag über das »Hilfspaket« an Griechenland sollte die Meldung des abgeschlossenen Flughafendeals in die Öffentlichkeit kommen. Im dortigen Amtsblatt ist er veröffentlicht, unterzeichnet von etlichen Ministern. Die Flughäfen werden der Fraport nun für 40 Jahre übergeben. Der Vertragsabschluss ist das noch nicht, aber aus meiner Sicht ist er von der griechischen Regierung nicht mehr zu verhindern.

Das Geschäft war unter der neoliberalen Vorgängerregierung eingeleitet worden. Ministerpräsident Alexis Tsipras hatte es überprüfen wollen. Wie sind die Verhandlungen gelaufen?

Unter Führung von Syriza war es erklärte Regierungslinie, keine Privatisierungen von Staatseigentum vorzunehmen, um die griechische Ökonomie nicht weiter zu schwächen. Damit hatte Syriza die Wahl gewonnen. In den vergangenen Monaten mussten wir dem Erpressungsszenario zuschauen – allen voran von der deutschen Bundesregierung: Genau diesen neoliberalen Kurs müsst ihr, als linke Regierung, weiterfahren, hieß es. Ansonsten kündige der Rest der europäischen Staatengemeinschaft die Zusammenarbeit auf. Den Kotau mit der Fraport – das Verhöckern der griechischen Flughäfen an sie – empfinde ich als Demütigung des griechischen Volkes und seiner Regierung. Ausgerechnet von einem Unternehmen, das mehrheitlich in öffentlicher Hand ist; 31,3 Prozent Anteile hält das Land Hessen und 20 Prozent die Stadt Frankfurt am Main.

Sind die hessische Landesregierung und die Frankfurter Stadtregierung, die beide von CDU und Grünen

gestellt werden, etwa der Ansicht, dem krisengeschüttelten griechischen Volk so Hilfe zu leisten?

Das habe ich noch nicht gehört; es wäre auch eine weitere Stufe des Zynismus. Aber die Anteilseigner in Hessen freuen sich über das gute Geschäft. Dabei hätten sie darauf achten müssen, im Interesse deutscher Steuerzahler zu handeln. Deren Interesse ist, dass sich die griechische Wirtschaft wieder erholen kann – sonst müssen sie Griechenlands Kredite finanzieren, weil das Land nicht zurückzahlen kann. Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hat den Deal am Dienstag gelobt. Es verwundert nicht, wenn die Landes- und die Stadtregierung so agieren, das ist Kernbestandteil ihrer neoliberalen Politik. Auch von der SPD war keine nachdenkliche Stimme zu hören. Wenn eine demokratische linke Regierung in Griechenland so erpresst werden kann, wie wir es jetzt erleben, zeigt sich daran die Schwäche der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken, europaweit und in Deutschland. Wir müssen diese Politik vorrangig im eigenen Land bekämpfen – und dafür sorgen, dass die Mehrheit für diese neoliberalen Regierungen schwindet.

Welche Rolle spielt Ministerpräsident Tsipras dabei?

Ich kann die mehrheitlich vertretene Position von Syriza nicht verstehen. Meiner Ansicht nach darf eine linke Regierung nie dem Ausverkauf eines Staates zustimmen oder die neoliberale Politik der Vorgängerregierung fortführen, wie jetzt in Griechenland. Der linke Teil der Partei sieht dies ähnlich. Aber bei unserem Dialog mit Syriza heißt es: Diese Erpressung geht von eurem Land aus; ihr müsst zunächst dafür sorgen, dass der neoliberale Kurs bei euch beendet wird. Dieser Logik kann ich nicht widersprechen.

<http://www.jungewelt.de/2015/08-20/057.php>